

Allgemeinverfügung des Kreises Pinneberg

zur Beschränkung des Zugangs zur Insel Helgoland zum Schutz der Bevölkerung vor der Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2

Vor dem Hintergrund der dynamischen Entwicklung der SARS-CoV-2-Infektionen müssen weiterhin kontaktreduzierende Maßnahmen zur Beeinflussung der Ausbreitungsdynamik ergriffen und Infektionsketten unterbrochen werden. Aufgrund des vorherrschenden Übertragungswegs (Tröpfcheninfektion) ist eine Übertragung von Mensch zu Mensch, z.B. durch Husten, Niesen, auch durch mild erkrankte oder asymptomatisch infizierte Personen leicht möglich

Gemäß § 28 Absatz 1 Satz 1 Infektionsschutzgesetz (IfSG) in Verbindung mit § 106 Abs. 2 Allgemeines Verwaltungsgesetz für das Land Schleswig-Holstein (Landesverwaltungsgesetz – LVwG) wird daher folgende Allgemeinverfügung erlassen:

1. Ab Montag, den 16. März 2020, 6:00 Uhr ist der Zutritt zur Insel Helgoland für Personen untersagt, die nicht ihren ersten Wohnsitz auf dieser Insel nachweisen können.
2. Von diesem Betretungsverbot ausgenommen sind Personen, die
 - a. die medizinische, notfallmedizinische, geburtshelfende und pflegerische Versorgung sicherstellen;
 - b. die Versorgung der Inselbewohnerinnen und -bewohner mit Gütern des täglichen Bedarfs sicherstellen;
 - c. aufgrund eines Verwandtschaftsverhältnisses in gerader Linie 1. Grades oder als Ehegatten oder Lebenspartnerin oder Lebenspartner zu einer Bewohnerin oder einem Bewohner mit erstem Wohnsitz auf der Insel zur Sorge oder Pflege verpflichtet sind.
 - d. Journalisten mit Sonderakkreditierung durch die Landesregierung.
3. Einreisende haben ab dem 24.03.2020 das beiliegende Einreisedokument auszufüllen, zu unterzeichnen und beim Betreten der Insel beim Hafenamtsamt bzw. bei der Dünenfähre abzugeben, sonst wird der Zutritt zur Insel verweigert.
4. Der Zutritt zur Insel ist auch für alle Personen verboten, die aufgrund eines Dienst- bzw. Arbeitsverhältnisses, eines Werkvertrages oder eines Dienst- oder Arbeitsauftrages zum Zweck der Arbeitsaufnahme die Insel betreten wollen.
Ausgenommen sind Personen, die zur Sicherstellung der „kritischen Infrastruktur“ auf die Insel kommen, also vor allem zur Versorgung der Bevölkerung mit Strom, Wasser und Gas.

5. Ab 24.03.2020 ist es Personen, die ihren ersten Wohnsitz auf der Insel haben, untersagt, die Insel zu verlassen.
Ausgenommen sind Fahrten zu medizinisch notwendigen Behandlungen oder zum Aufsuchen der Arbeitsstätte auf dem Festland.
6. Diese Allgemeinverfügung gilt sofort ab dem Zeitpunkt der Bekanntmachung bis einschließlich 19. April 2020.
7. Die Anordnung ist gemäß § 28 Absatz 3 in Verbindung mit § 16 Absatz 8 IfSG sofort vollziehbar, Widerspruch und Klage haben keine aufschiebende Wirkung.
8. Zuwiderhandlungen sind gemäß § 28 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit § 75 Absatz 1 Nr. 1 und Absatz 3 IfSG strafbar.

Begründung

Derzeit gehen zunehmend bestätigte Fälle der Erkrankung an COVID-19 zurück auf Kontakte von Reisen aus Risikogebieten und besonders betroffenen Gebieten.

Ziffer 1. und 2.: Die Kapazitäten der Intensivmedizin auf Helgoland sind nur in einem eingeschränkten Umfang verfügbar und für eine große Anzahl von Besucherinnen und Besuchern vom Festland nicht ausgelegt. Dies gilt im Hinblick auf die Symptomatik der COVID-19 Erkrankung vor allem für die fehlenden Kapazitäten in der Intensivmedizin.

Insbesondere aufgrund der hohen Zahl von Touristen aus anderen Bundesländern ist auf Helgoland mit zum Teil deutlich höheren Infektionsraten aufgrund der räumlicher Nähe zu rechnen. Dieser höheren Verbreitungsdynamik ist nur mit entsprechend umfangreichen Maßnahmen zu begegnen.

Um die medizinische Versorgung auch in der potentiell kritischen Lage für die Bewohnerinnen und Bewohner der Inseln, Halligen und Warften an Nord- und Ostsee zu sichern habe ich daher vorstehende Anordnungen getroffen.

Ziffern 3. – 5.: Durch die wiederholte An- und Abreise (Pendelverkehr) sowie den Aufenthalt von nicht zur Inselbevölkerung gehörenden Personen, die aus ganz Deutschland mit öffentlichen Verkehrsmitteln zum Schiff kommen, besteht ein erhöhtes Infektionsrisiko für die Inselbevölkerung. Auch Reisen von Inselbewohnerinnen und –bewohnern auf das Festland und wieder zurück zur Insel erhöhen das Infektionsrisiko. Zum Schutz der gesamten Inselbevölkerung, insbesondere der älteren Bewohner*innen, sind die aufgeführten Maßnahmen erforderlich und angemessen. Nur so kann das Infektionsrisiko auf ein Minimum reduziert werden.

Ziffer 6.: Die Anordnung tritt mit der Bekanntgabe der Allgemeinverfügung in Kraft. Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit ist sie bis einschließlich 19. April 2020 befristet. Mit ausreichendem zeitlichem Vorlauf Zeitpunkt wird eine erneute Risikoeinschätzung stattfinden.

Ziffer 7.: Die Anordnung ist gemäß § 28 Abs. 3 i.V.m. § 16 Abs. 8 IfSG sofort vollziehbar. Widerspruch und Anfechtungsklage gegen Maßnahmen haben keine aufschiebende Wirkung.

Zu Ziffer 8.: Die in Ziffer 1 enthaltene Anordnung findet ihre Grundlage in § 28 Abs. 1 Satz 2 IfSG. Zuwiderhandlungen sind daher strafbar nach § 75 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 3 IfSG.

Aufhebung der Allgemeinverfügung des Kreises Pinneberg vom 15.03.2020

Mit dieser Allgemeinverfügung wird die Allgemeinverfügung des Kreises Pinneberg zur Beschränkung des Zugangs zur Insel Helgoland zum Schutz der Bevölkerung vor der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 vom 15.03.2020 aufgehoben.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei dem Kreis Pinneberg erhoben werden. Dafür stehen folgende Möglichkeiten zur Verfügung:

1. Schriftlich oder zur Niederschrift

Der Widerspruch kann schriftlich eingereicht oder zur Niederschrift erklärt werden. Die Anschrift lautet: Kreis Pinneberg, Der Landrat, Fachdienst Gesundheit, Kurt-Wagener-Straße 11, 25337 Elmshorn

2. Elektronisch

Der Widerspruch kann auch auf elektronischem Weg übermittelt werden. Dafür stehen folgende Möglichkeiten zur Verfügung:

- Der Widerspruch kann durch E-Mail mit qualifizierter elektronischer Signatur erhoben werden.

Die E-Mail-Adresse lautet: gesundheitsamt@kreis-pinneberg.de

- Der Widerspruch kann auch durch De-Mail in der Sendevariante mit bestätigter sicherer Anmeldung nach dem De-Mail-Gesetz vom 28. April 2011 (BGBl. I S. 666) in der zurzeit gültigen Fassung erhoben werden.

Die De-Mail-Adresse lautet: info@kreis-pinneberg.de-mail.de

Elmshorn, den 24.03.2020

Kreis Pinneberg

Der Landrat

Fachdienst Gesundheit

gez. Dr. Angelika Roschning

Amtsärztin